

**OBERBÜRGERMEISTER
JULIAN STIPP**



**Etatrede des Oberbürgermeisters
zur Einbringung des Haushalts 2023
und der mittelfristigen Finanzplanung
bis 2026 im Gemeinderat
am 14. Dezember 2022**

Sperrfrist: 14.12.2022, 17:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,
verehrte Gäste, wert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

1. Einleitung

Vor etwas mehr als 100 Tagen habe ich das Amt des Oberbürgermeisters der Großen Kreisstadt Mosbach angetreten. Ich kann Ihnen versichern, diese Tage waren spannend, ereignisreich und angefüllt mit vielen neuen Themen und unglaublich vielen interessanten Begegnungen.

Ich habe ein engagiertes und kompetentes Team in der Verwaltung vorgefunden sowie einen Gemeinderat der sachorientiert, über Fraktionsgrenzen hinweg, konstruktiv mit der Verwaltung zusammenarbeitet.

Die Offenheit und Freundlichkeit mit der ich aufgenommen wurde, ist außergewöhnlich. Vielen Dank dafür.

Die Einbringung des Haushalts der Stadt Mosbach ist eine weitere Premiere für mich. In nicht ganz einfachen Zeiten, in denen nicht nur eine Krise die nächste jagt, sondern mehrere Krisen gleichzeitig zu bewältigen sind, ist die Aufstellung eines Haushaltsplans kein ganz leichtes Unterfangen. Hatten wir zu Beginn dieses Jahres noch die Hoffnung, die Corona-Pandemie bald hinter uns zu lassen und wieder in die vorher gewohnte Normalität zurückkehren zu können, so hat sich die Welt am 24. Februar dieses Jahres mit dem Beginn des Krieges Russlands in der Ukraine gravierend geändert. Erneut nach 2015/2016 haben wir es mit massiven Flüchtlingsströmen zu tun. Hinzu kommt die Energiekrise, ausgelöst unter anderem durch die vertragswidrige Einstellung der russischen Gaslieferungen, die historisch hohe Inflation und steigende Zinsen, mit insgesamt negativen Auswirkungen auf die konjunkturelle Entwicklung und damit auch auf unseren Wohlstand.

Ich möchte in diesem Jahr die Haushaltseinbringung etwas anders gestalten als bisher. Zunächst werde ich in meiner Haushaltrede auf die Rahmenbedingungen und die Grundzüge des Haushaltsplans sowie die vorgesehenen Investitionsmaßnahmen eingehen, anschließend wird unsere Stadtkämmerin Frau Bansbach-Edelmann die Eckdaten detailliert erläutern.

2. Wirtschaftliche Ausgangslage

Die ökonomische Lage hat sich seit Kriegsbeginn deutlich verschlechtert. Dies trifft alle Bereiche der deutschen Wirtschaft. Die noch immer bestehenden weltweiten Lieferengpässe verschärfen die Lage zusätzlich. Die Industriekonjunktur ist vor dem Hintergrund der hohen Gas- und Strompreise angeschlagen. Auch im Einzelhandel sind die Umsätze gegenüber dem Vorjahr in den letzten Monaten gesunken, was die Verunsicherung der Verbraucher angesichts der höchsten Inflationsrate seit 71 Jahren abbildet. Dennoch ist die Lage am Arbeitsmarkt angesichts der globalen Unsicherheiten relativ stabil. Obwohl allgemein mit steigenden Insolvenzzahlen gerechnet wird, wird eine Insolvenzwelle derzeit nicht erwartet.

Für das Jahr 2022 erwartet die Bundesregierung in ihrer Herbstprognose zwar noch einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 %, dafür wird eine um 0,4 % rückläufige Wirtschaftsleistung für 2023 prognostiziert. Dies ist gegenüber der Frühjahrsprognose eine deutliche Verschlechterung, damals wurde noch von einem Plus von 2,2 % in diesem und 2,5 % im nächsten Jahr gesprochen. Die Bundesregierung erwartet demnach, dass die deutsche Volkswirtschaft vor einem harten Winter steht. Diese Annahmen liegen auch der Steuerschätzung von Oktober 2022 zugrunde, die Basis unserer Haushaltsplanung ist. Der neueste Ifo-Geschäftsklimaindex von November 2022 macht dagegen wieder etwas Hoffnung, stellt er doch einen merklich nachlassenden Pessimismus mit Blick auf die kommenden Monate fest, so dass die Rezession weniger tief ausfallen könnte als erwartet.

3. Allgemeine Haushaltslage

Trotz der schwierigen Rahmenbedingung bleiben die Steuereinnahmen gegenüber den Erwartungen im letzten Jahr, auch nach der diesjährigen Herbst-Steuerschätzung, im kommenden Jahr weiterhin stabil bzw. wird mit leichten Zuwächsen gerechnet.

Laut Steuerschätzung erreichen die Steuereinnahmen der baden-württembergischen Kommunen im Jahr 2022 das Niveau des Vor-Corona-Jahres 2019 und übersteigen dieses ab dem kommenden Jahr. Für die Stadt Mosbach bedeutet das gegenüber 2019 im kommenden Jahr ein Plus von knapp 3 Mio. € bei den Gemeinschaftssteuern und den Schlüsselzuweisungen. Betrachten wir alle städtischen Steuereinnahmen plus Schlüsselzuweisungen, sind es nur rund 2 Mio. €, was im Wesentlichen an

den rückläufigen Vergnügungssteuereinnahmen aufgrund gesetzlicher Änderungen liegt. Hingegen erwarten wir mit Erträgen von 13,5 Mio. € bei der Gewerbesteuer ebenfalls das Erreichen des Niveaus von 2019 und gegenüber der aktuellen Haushaltsplanung einen deutlichen Zuwachs, den wir auch schon im diesjährigen Haushaltsvollzug sehen. So weist der Haushaltsplanentwurf Gesamterträge von 75,9 Mio. € aus.

Aber auch an uns gehen Inflation und Energiekrise nicht vorbei, was in vielen Bereichen mit höheren Aufwendungen verbunden ist.

Hinzu kommt die Aufgabe der Unterbringung von Flüchtlingen und deren Integration, die wieder verstärkt unsere Aufmerksamkeit und den Einsatz von Personal und Ressourcen verlangt. Dies gilt auch für weitere Aufgabenzuwächse, die Personalmehrbedarf auslösen und sich in einer sehr deutlichen Erhöhung unserer Personalaufwendungen niederschlagen.

Nach wie vor gibt es große Instandhaltungsrückstände bei unserer kommunalen Infrastruktur, die es sukzessive abzubauen gilt. Auch dafür sind beträchtliche Summen erforderlich.

Daher steigen unsere Aufwendungen noch deutlicher als unsere Erträge und erreichen eine Höhe von 76,3 Mio. €. Trotz Einsparungsbemühungen der Verwaltung erwarten wir deshalb ein negatives ordentliches Ergebnis von 0,4 Mio. € im Ergebnishaushalt. In der diesjährigen Finanzplanung wurde für 2023 noch ein positives ordentliches Ergebnis von 1,5 Mio. € prognostiziert.

Veränderungen der Hebesätze bei der Grund- und Gewerbesteuer sind im kommenden Jahr dennoch nicht vorgesehen. Wir wollen damit ein Zeichen der Stabilität und Verlässlichkeit in wirtschaftlich schlechten Zeiten setzen.

Dagegen wird aufgrund der hohen Unterhaltungs- und Investitionsausgaben im Bereich der Abwasserbeseitigung sowohl bei der Stadt selbst als auch beim Abwasserzweckverband Elz-Neckar eine Erhöhung der Abwassergebühren erforderlich, die wir gerade eben beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt beschlossen haben. Die Schmutzwassergebühr erhöht sich um 42 Cent auf 2,76 € je Kubikmeter Abwasser,

dagegen kann die Niederschlagswassergebühr um 4 Cent auf 0,62 € je Quadratmeter befestigter Fläche gesenkt werden.

Glücklicherweise profitieren wir noch von den guten Ergebnissen der vergangenen, insbesondere Vor-Corona-Jahren, und können negative Ergebnisse durch unsere Ergebnistrücklage ausgleichen. Daneben verfügen wir über liquide Mittel, die es uns ermöglichen, keine massiven Einschnitte bei unseren laufenden Aufwendungen vornehmen zu müssen. Allerdings fehlen uns durch defizitäre Ergebnishaushalte Eigenfinanzierungsmittel. Ein solcher Zustand kann nur vorübergehend hingenommen werden. Dauerhaft defizitäre Haushalte mindern die Investitions- und damit auch die Zukunftsfähigkeit einer Kommune.

Trotz schwieriger Haushaltslage wird die Stadt Mosbach weiterhin auf hohem Niveau ihre Investitionstätigkeit fortsetzen, die begonnenen Großprojekte planmäßig zum Abschluss bringen und danach auch neue Maßnahmen in Angriff nehmen.

Im Finanzhaushalt sind alles in allem Bruttoinvestitionen von 13,3 Mio. € geplant und damit 2,0 Mio. € weniger als nach der diesjährigen Finanzplanung für 2023 vorgesehen waren. Dies ist vor allem der teilweise schleppenden Umsetzung aufgrund der fehlender Kapazitäten bei unserem eigenen Personal, aber auch bei den planenden Büros und ausführenden Firmen sowie auf Lieferengpässe zurückzuführen. An Zuschüssen und Kostenersätzen, sowie Vermögensveräußerungen werden 2,3 Mio. € erwartet. Der wesentliche Teil der Investitionsausgaben geht zu Lasten von Fortsetzungsmaßnahmen. Zur Finanzierung dieser Investitionen benötigen wir eine Kreditaufnahme von 5 Mio. €.

4. Einzelthemen

Nach diesem allgemeinen Überblick komme ich nun zu aktuellen Einzelthemen.

4.1 Personal

Die Personalaufwendungen werden im kommenden Jahr erstmalig die 20 Mio. €-Grenze überschreiten. Sie erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 Mio. € (+ 10,16 %) auf insgesamt 20,6 Mio. €. Durch die Festsetzung eines globalen Minderaufwands in Höhe von 1 % werden tatsächlich nur 20,4 Mio. € zur Verfügung stehen.

Der Anstieg der Personalaufwendungen entsteht zum einen dadurch, dass bei den TVöD-Beschäftigten zu erwartende Tarifsteigerungen bereits berücksichtigt wurden. Die Tarifverhandlungen hierzu werden aber erst im neuen Jahr stattfinden. Wir dürfen sehr gespannt sein, wie sich die aktuelle Inflation auf die Höhe der Tarifsteigerungen auswirken wird.

Der Löwenanteil an den Erhöhungen der Personalaufwendungen ist allerdings auf die Schaffung von neuen Planstellen im Umfang von 16,3 Stellen zurückzuführen. Neue Planstellen sind unter anderem im Bereich der Feuerwehr, beim gemeinsamen Gutachterausschuss für den Neckar-Odenwald-Kreis, in den Bereichen Schulsozialarbeit, Integration/Flüchtlingskoordination, Personal, Ausländerwesen sowie Wohngeld vorgesehen. Darüber hinaus müssen für die Themen Digitalisierung und verwaltungsweite Einführung der elektronischen Akte für die Gesamtverwaltung, die Bauordnung und die Schulen zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Des Weiteren ist im kommenden Jahr die Einrichtung und der Betrieb eines Naturkindergartens geplant; auch hierfür muss natürlich zusätzliches Personal bereitgestellt werden.

Aufgrund der Dringlichkeit müssen diese Stellen teilweise schon kurzfristig besetzt werden. Als Beispiel möchte ich hier den Bereich Wohngeld nennen. Vor wenigen Wochen wurde vom Gesetzgeber eine Wohngeldreform beschlossen, nach der ab dem 1. Januar 2023 zwei Millionen statt bisher 600.000 Haushalte Wohngeld erhalten können. Das Wohngeld wird zudem deutlich erhöht – im Schnitt sogar verdoppelt. Diese Wohngeld-Novelle – die ich ausdrücklich nicht in Frage stellen möchte –

hat aber auch unmittelbare Auswirkungen auf die personelle Besetzung der Wohngeldstelle in unserer Stadtverwaltung. So ist davon auszugehen, dass sich die Anzahl der Anfragen und Anträge sehr kurzfristig verdoppeln bzw. verdreifachen wird.

Meine sehr verehrten Kolleg*innen des Stadtrates, Fakt ist: Eine funktionierende Verwaltung braucht kompetente und motivierte Fachkräfte in allen Bereichen; im städtischen Kindergarten, im Bauhof, in der Schulsozialarbeit, den Schulsekretariaten, im Jugendhaus ebenso wie in der Verwaltung. Um diesen Kampf der „Köpfe“ zu gewinnen müssen, wir in Zukunft noch stärker darauf achten, eine attraktive Arbeitgeberin zu sein.

Neben den steigenden Ausgaben müssen wir natürlich auch die Einnahmeseite im Blick behalten. Auch im kommenden Jahr werden wir alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um beispielsweise Zuschüsse aus Förderprogrammen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene zu generieren.

4.2 Infrastruktur für Bildung und Betreuung

Die Zukunft unserer Stadt sind Kinder! Deshalb müssen wir einen besonderen Fokus auf die Jüngsten in unserer Gesellschaft legen.

Die Ausbildung unserer Kinder- und Jugendlichen und die Betreuung der Kleinsten erfordert nicht nur qualitativ gute Konzepte und entsprechend qualifiziertes Personal, sondern auch die entsprechenden Räumlichkeiten. So sind wir als Schulträger und als Verantwortliche für die Kinderbetreuung seit vielen Jahren mit der Verbesserung der räumlichen Situation befasst. Dazu gehört die Schaffung neuer Kindergartenplätze genauso, wie die Sanierung unserer Schulen.

Baumaßnahmen an Kindergärten

Die Baumaßnahme **Kindergarten in der Waldstadt** konnte 2022 erfolgreich zum Abschluss gebracht werden, sodass eine Inbetriebnahme im April erfolgte. Auch die Abrechnung des Investitionszuschusses ist bis auf die noch ausstehende Schlussabrechnung erfolgt. Bei einem Zahlungsstand von rund 94 % dürfte sich der kommunale Zuschussbedarf um etwa 50.000 € verringern.

Mit der Baumaßnahme evangelischer **Kindergarten Neckarelz / Kleinkindbetreuung Spielwiese** im Münchgraben wurde im Juli 2021 begonnen. Die Fertigstellung, vorausgesetzt der Bauverlauf bleibt im vorgesehenen Bauzeitenplan, ist für das erste Vierteljahr 2023 vorgesehen. Bei Baukosten in Höhe von rd. 5,0 Mio. € sind rund 54 % des kommunalen Baukostenzuschusses (maximal 4.022.000 €) ausbezahlt.

Mit dem Beschluss des Gemeinderates vom 11.02.2021 zum Anbau des **Kindergartens Lohrbach** an die dortige Grundschule wurde die Grundlage für die weiteren Planungen zur **Sanierung des Schulgebäudes** und zur Integration der Kindertageseinrichtung geschaffen. Erste Abstimmungen der Entwurfsplanung mit KVJS und Unfallkasse sind erfolgt. Aktuell wird mit Kosten von 6 Mio. € für die Gesamtmaßnahme gerechnet. Im Moment wird die europaweite Ausschreibung der Architektenleistungen vorbereitet. Der Schwerpunkt wird daher im kommenden Jahr auf der planerischen Umsetzung der Maßnahme liegen.

Mittel für den **Natur- bzw. Waldkindergarten an der Dreibrunnenwiese** waren bereits in den Haushalt 2022 eingestellt worden. Allerdings mussten vor Beginn von baulichen Maßnahmen einige konzeptionelle Hürden genommen werden, so dass die Umsetzung nun im kommenden Jahr erfolgen soll. Der Standort bietet ideale Voraussetzungen für eine hochwertige, naturnahe und nachhaltige pädagogische Bildung und Betreuung inmitten einer herrlichen Naturlandschaft und erlaubt eine alternative Betreuungsform. Mit ihr lassen sich innerhalb kurzer Zeit 20 Betreuungsplätze für Kinder ab 3 Jahren schaffen. Den gegenüber einem herkömmlichen Kindergarten durchaus übersichtlichen Herstellungskosten, welche im Haushalt berücksichtigt sind, stehen Betriebskosten gegenüber, welche sich jedoch nicht von denen klassischer Kindertageseinrichtungen unterscheiden.

Nach Abschluss der Planungen sowie nach Erfüllung aller rechtlichen und baurechtlichen Voraussetzungen startete die bauliche Umsetzung des inklusiven **Kindergartens** mit drei Gruppen in Trägerschaft der Johannes Diakonie **im Elzpark**. Mit einem sehr straffen Bauzeitenplan hoffen die Stadt und der Betriebsträger auf eine reibungslose Realisierung. Die Baukosten in Höhe von 5,3 Mio. € trägt die Stadt Mosbach entgegen der bisherigen Praxis nicht durch einen Baukostenzuschuss, sondern durch jährliche Zahlungen in der Form einer Kostenmiete.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass wir uns über die Zukunft des INPUTT planerisch bereits Gedanken machen.

Mit der katholischen Kirchengemeinde MOSE plant die Stadt die Erweiterung des **Kindergartens Maria Königin im Bergfeld** um zwei Krippengruppen bei gleichzeitiger Sanierung. Die Kostenschätzung ohne Fachplanung liegt aktuell bei etwa 1,1 Mio. €, der daraus resultierende kommunale Baukostenzuschuss bei rund 870.000 €. Die Abwicklung ist im Zeitraum 2023 bis 2025 vorgesehen (für 2023 sind das 87.000 €).

Schulbaumaßnahmen

Schulsanierung ist weiterhin ein Schwerpunkt der Investitionen. Gebäudesubstanz aus den 50er, 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verursacht erheblichen Aufwand und jährlich steigende Kosten. Im kommenden Jahr liegt der Schwerpunkt auf der Fortführung bereits begonnener Großprojekte, dabei geht es sowohl um Erhaltung und Verbesserung der Substanz, als auch um energetische Ertüchtigung, zeitgemäße Technik und Ausstattung. Diese energetischen Ertüchtigungen sind auch Investitionen in den Klimaschutz.

Die **Pestalozzi-Realschule** ist zurzeit die größte Baustelle der Stadt Mosbach. Insgesamt knapp 15 Mio. € verschlingt die in den Jahren 2020 bis 2024 vorgesehene Sanierung in zwei Bauabschnitten. Sowohl die Innenräume als auch die Fassade werden energetisch ertüchtigt und neu konzipiert. Eine zeitgemäße Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung ist den Erkenntnissen aus der Pandemie geschuldet. Gefördert wird das Großprojekt mit bereits bewilligten Zuschüssen von knapp 4,1 Mio. €.

Im **Auguste-Pattberg-Gymnasium** wird die begonnene Brandschutzmaßnahme ebenso wie die Erneuerung der Chemiefachräume fortgesetzt. Dafür sind knapp 500.000 € im Ergebnishaushalt und weitere 300.000 € im Finanzhaushalt eingestellt. Außerdem sind Mittel für die vorbereitende Planung der Generalsanierung an beiden Gymnasien im Finanzhaushalt eingestellt.

Eine weitere Planungsrate von 100.000 € wird für den Neubau der **Turnhalle in der Waldstadt** in den Haushalt aufgenommen. Im kommenden Jahr erwartet uns ein intensiver Planungsprozess mit den handelnden Akteuren, der ebenso wie die vorgesehene Beteiligung von Jugendlichen sowie Bürgerinnen und Bürgern Zeit in Anspruch nehmen wird. Unterschiedliche Nutzungsideen, neben dem reinen Schulsport, sollen ebenso Berücksichtigung finden, wie die bautechnischen Anforderungen nach heutigem Standard. Stichworte sind CO₂-Neutralität und Nachhaltigkeit. Bevor konkret in die Baumaßnahme eingestiegen werden kann, müssen außerdem Fördermöglichkeiten geprüft werden.

Über eine Interimslösung für die Jugendlichen in der Waldstadt haben wir in den vergangenen Wochen intensiv diskutiert. Nach unserem nächsten Gespräch mit Vertreter*innen der Waldstadt in der nächsten Woche, werden wir Ihnen einen Vorschlag zum weiteren Vorgehen machen können.

Digitalpakt

Die bereits begonnenen Maßnahmen zur Schaffung der notwendigen IT-Struktur am Auguste-Pattberg-Gymnasium und am Nicolaus-Kistner-Gymnasium werden 2023 in einem dritten und letzten Bauabschnitt fortgesetzt. Die Auftragsvergaben sind vollständig erfolgt. Die notwendigen Finanzmittel sind im Ergebnishaushalt berücksichtigt. Insgesamt schlagen die beiden Maßnahmen über alle drei Bauabschnitte mit über 2 Mio. € zu Buche und werden mit knapp 1,3 Mio. € gefördert.

4.3 Weitere städtische Infrastruktur

ÖPNV

Der 2018 wegen gesetzlicher Anforderungen zur Barrierefreiheit begonnene Umbau von Bushaltestellen wird auch in 2023 fortgesetzt. Vorgesehen sind weitere sechs Haltestellen im Stadtgebiet. Dafür sind im Finanzhaushalt 225.000 € veranschlagt, aus Zuschüssen des Landes werden Einnahmen in Höhe von 150.000 € erwartet.

Straßen

Im Ergebnishaushalt 2023 sind für die Straßenunterhaltung 1,5 Mio. € vorgesehen, wie auch schon in diesem Jahr.

Der Ansatz für die Straßenerneuerung im Finanzhaushalt beträgt 1,0 Mio. €. Vorgesehen sind dringende Maßnahmen in der Bahnhofstraße Neckarelz, in der Schiedstraße in Lohrbach und in Mosbach der 2. Bauabschnitt im Hammerweg. Im Zusammenhang mit dem 2. Abschnitt der Sanierung der B 27 durch das Regierungspräsidium Karlsruhe (zwischen Amthausstraße und Wasemweg) entstehen der Stadt Kostenanteile für die Erneuerung der Gehwege.

Für die Radwege im Stadtgebiet sind im Finanzhaushalt 100.000 € veranschlagt zur Umsetzung von Maßnahmen, die aus der Fortschreibung des Radverkehrskonzepts resultieren.

Abwasserbeseitigung/Kanäle

Für den Unterhalt des städtischen Kanalnetzes sind im Ergebnishaushalt 850.000 € eingestellt, die für Maßnahmen im Zuge der Eigenkontrollverordnung eingesetzt werden.

Im Finanzhaushalt beträgt der Ansatz für die Erneuerung von Kanälen 1,2 Mio. €. Neben verschiedenen Kanalsanierungen in Mosbach und Neckarelz sind Kanalbau-maßnahmen vorgesehen im Zusammenhang mit dem 2. Abschnitt der Sanierung der B 27 durch das Regierungspräsidium (zwischen Amthausstraße und Wasemweg).

Erstmalige Herstellung von Erschließungsstraßen

Die Liste der noch nicht endgültig hergestellten Straßen im Stadtgebiet wird weiter abgearbeitet.

Als nächste Erschließungsstraße nach dem Knopfweg wird im Jahr 2023 der Abernweg in Neckarelz endgültig hergestellt. Für die Baumaßnahme sind im Finanzhaushalt 250.000 € veranschlagt. Der Aufwand für den Straßenbau kann zu weiten Teilen über Erschließungsbeiträge refinanziert werden.

Sanierung Innenstadt

Weiterhin werden private Maßnahmen bezuschusst. Anträge liegen aus dem Erweiterungsgebiet, aber auch aus dem ursprünglichen Sanierungsgebiet vor. Laufende Bautätigkeiten zu Modernisierungen sind im Stadtbild nicht zu übersehen. Ein nicht unerheblicher Teil der Mittel aus dem Sanierungstopf ist für die Modernisierungsmaßnahmen im Dachgeschoss des historischen Rathauses vorgesehen. Hier befinden sich aktuell noch Büros der Stadtverwaltung. Vor einer weiteren Untersuchung und Überplanung der denkmalgeschützten Dachstuhlkonstruktion war es erforderlich Ersatzräume zu schaffen. Diese sind bis Frühjahr 2023 bezugsfertig, so dass danach weitere Schritte geplant werden können. Hierbei soll die räumliche Unterbringung der gesamten Verwaltung eine Rolle spielen. Im Moment werden dazu Konzepte erarbeitet, die wir Ihnen im nächsten Jahr vorstellen werden.

Der Bewilligungszeitraum für die Sanierung Innenstadt endet eigentlich im April 2023. Im Zusammenhang mit dem jährlich dem Land vorzulegenden Sachstandsbericht hat die Verwaltung eine Verlängerung um zwei Jahre bis Frühjahr 2025 beantragt. Die ist inzwischen positiv beschieden, so dass die Sanierung „Innenstadt“ nun am 30.04.2025 endet.

Sanierungsgebiet Obertor

Für das geplante Sanierungsverfahren Obertor wurde im November 2022 ein Neuantrag zur Aufnahme ins Städtebauförderungsprogramm des Landes Baden-Württemberg gestellt. Die Entscheidung des Landes bezüglich der Neuaufnahme erfolgt voraussichtlich im Frühjahr 2023.

Uns bietet sich hier eine städtebauliche Chance, die wir unbedingt und sehr beherzt nutzen müssen. Es bleibt das Ziel, die Baukompetenzen der Dualen Hochschule auch nach außen hin durch eine Architektur mit Ausstrahlung sichtbar zu machen.

Für das Jahr 2023 sind im Finanzhaushalt für vorbereitende Untersuchungen und Erneuerungsmaßnahmen sowie den angedachten Grunderwerb des Obertorzentrums Mittel in Höhe von knapp 2,4 Mio. € vorgesehen. Diese zuwendungsfähigen Gesamtkosten sind im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms grundsätzlich mit 60 % durch Landesmittel abgedeckt.

Stadtpark und Kneippanlage Lohrbach

Die Lebensqualität der Gesamtstadt hängt nicht zuletzt davon ab, wie die Freizeitmöglichkeiten sind. Grünflächen spielen hierbei eine wichtige Rolle und wir werden deshalb im kommenden Jahr mit den Bürger*innen über die weitere Zukunft des Stadtparks beraten.

Auch die Kneippanlage in Lohrbach bedarf einer grundlegenden Erneuerung. Deshalb ist im Finanzhaushalt 2023 ein Ansatz von 20.000 € für die Planung enthalten, in der Finanzplanung für 2024 sind die Baukosten mit 100.000 € veranschlagt. Für die Maßnahme soll ein Zuschussantrag auf LEADER-Förderung gestellt werden.

4.4 Feuerwehr

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, eine gut ausgebildete und bedarfsgerecht ausgestattete Feuerwehr vorzuhalten. Zu diesem Zweck wurde 2020 ein Feuerwehrbedarfsplan für die Feuerwehr Mosbach erstellt. Dieser dient dazu, alle Gefahrenpotenziale zu erfassen und eine angemessene Ausstattung für die Feuerwehr zu beschaffen. Für das Haushaltsjahr 2023 sind folgende Maßnahmen geplant:

Abteilung Reichenbuch:

Für das in die Jahre gekommene und nicht mehr bedarfsgerechte Gerätehaus in Reichenbuch ist die Auftragsvergabe zur Planung eines neuen Gerätehauses in Höhe von 50.000 € vorgesehen. Vor Beginn der Maßnahme müssen noch die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, die eine Umsetzung ab dem Jahr 2024 ermöglichen.

Abteilung Sattelbach:

Grund für die Stationierung eines Gerätewagens Logistik für den Katastrophenschutz (GwLKatS) in Sattelbach ist die mangelnde Löschwasserversorgung in den ersten, oft entscheidenden Einsatzminuten. Mit diesem Fahrzeug sind in kürzester Zeit 4.000 Liter Löschwasser am Einsatzort. Außerdem verfügt die Abteilung Sattelbach über eine entsprechende Mannschaftsstärke, um dieses Fahrzeug vollumfänglich zum Einsatz zu bringen. Für die Unterbringung dieses Fahrzeuges sind im Haushaltsplan 30.000 € eingestellt.

Abteilung Lohrbach:

Das Löschgruppenfahrzeug der Abteilung Lohrbach LF 8/6 aus dem Jahr 1997 bereitet immer häufiger technische Probleme, die oftmals sehr hohe Reparaturkosten mit sich bringen. Außerdem ist die Ersatzteilversorgung nicht mehr zu 100 % gewährleistet. Aus diesem Grund ist die Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeugs für den Katastrophenschutz (LF20KatS) für rund 500.000 € geplant, für die Bestellung ist eine Verpflichtungsermächtigung im nächstjährigen Haushalt vorgesehen.

Feuerwehr allgemein:

Zum Transport von Materialien steht der Abteilung Technik ein ehemaliger Pritschenwagen des Bauhofes aus dem Jahr 2003 zur Verfügung. Eine ordnungsgemäße Ladungssicherung ist hier nicht möglich. Außerdem müssen regelmäßig Gerätschaften für mehrere tausend Euro bei „Wind und Wetter“ auf der offenen Pritsche transportiert werden. Dieser Pritschenwagen wird von einem Gerätewagen-Transport (GW-T) abgelöst. Die geplanten Kosten hierfür betragen 130.000 €.

Für eine einfachere, platzsparendere und effektivere Schlauchpflege wird eine Kompaktschlauchwaschanlage für 100.000 € vorgesehen. Mit dieser Anlage können auch sämtliche, gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen von wasserführenden Armaturen und Schläuchen durchgeführt werden.

Für Baumaßnahmen und die meisten Beschaffungen der Feuerwehr stehen in der Regel Fördermittel bereit, diese werden beantragt und mit den Maßnahmen jeweils erst begonnen, wenn Zuwendungsbescheide erteilt wurden.

Dieser Punkt meiner Haushaltrede gibt mir nun die Gelegenheit, allen Feuerwehrfrauen und –männern für ihren unermüdlichen Einsatz zu danken.

5. Stiftung Hospitalfonds

Der Haushalt der Stiftung Hospitalfonds weist ein positives ordentliches Ergebnis von rund 118.000 € aus. Dadurch wird ein Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 153.000 € erwartet. Investitionen sind im Finanzhaushalt im Jahr 2023 nicht vorgesehen.

Der Zahlungsmittelüberschuss reicht deutlich aus, um die ordentlichen Tilgungen von 24.000 € aus laufender Rechnung zu begleichen. Daher erhöht sich der Finanzierungsmittelbestand voraussichtlich um 129.000 €.

Da sich die ursprünglich zum 31.12.2023 geplante Fertigstellung des Neubaus des Seniorenzentrums durch die Johannes-Diakonie aufgrund der aktuellen Situation in der Baubranche etwas verzögert und das Pfalzgrafenstift dadurch noch bis längstens 30.04.2024 am jetzigen Standort betrieben werden soll, werden Auswirkungen aus dem beabsichtigten Verkauf des Pfalzgrafenstifts erst im Jahr 2024 erwartet.

6. Schluss

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Zuhörer,

ich habe Ihnen gerade einige der wichtigsten Vorhaben und deren Finanzierung für das kommende Haushaltsjahr erläutert. Daneben arbeitet die Verwaltung an ganz vielen weiteren Aufgaben z.B. im kulturellen, sportlichen und touristischen Bereich zum Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Besucher. Als ein Beispiel für anstehende Themen im nächsten Jahr darf ich Ihnen das 1.250-jährige Jubiläum von Neckarelz oder die Ausrichtung als Host Town im Rahmen der Special Olympics nennen.

Mit dem Integrationsplan schaffen wir die Basis für ein gutes Miteinander und Teilhabe im gesamten Stadtgebiet mit allen Teilen der Bevölkerung.

Um für Katastrophenfälle besser gerüstet zu sein, arbeiten wir mit externer Unterstützung an Szenarien zur Krisenbewältigung.

Daneben steht auch die Bereitstellung von Wohnraum auf der Agenda. Hier sind einige Vorhaben von privaten Investoren in Planung, die wir als Stadt eng begleiten werden. Bleibt zu hoffen, dass die konjunkturelle Situation am Ende auch die Umsetzung zulässt.

Auch der Klimawandel beschäftigt uns und wir werden unsere Anstrengungen zum Erreichen der Klimaneutralität verstärken müssen. Deshalb ist es bedauerlich, dass es bisher nicht gelungen ist, die Stelle eines Klimaschutzmanagers adäquat zu besetzen.

Neben der energetischen Sanierung der kommunalen Gebäude, Anstrengungen beim ÖPNV und des Radverkehrskonzepts werden wir im kommenden Jahr auch die kommunale Wärmeplanung zum Abschluss bringen und hoffentlich daraus weitere Maßnahmen auf dem Weg zur klimaneutralen Wärmeversorgung unserer Stadt ableiten können. Deren Umsetzung muss dann in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden.

Für all diese Vorhaben sind solide Finanzen eine zwingende Voraussetzung, daher ist eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik notwendig, um auch künftig die vielfältigen kommunalen Aufgaben in einem ausgewogenen Verhältnis abbilden zu können.

Mir ist bewusst, dass eine Haushaltsrede nur einen Ausschnitt dessen darstellen kann, was eine Stadt insgesamt ausmacht. Viele Themen sind auch nicht monetärer Art. Es kommt oft schlichtweg darauf an, welche Kultur von Stadtpolitik wir gemeinsam leben und prägen. Partizipation, Jugendbeteiligung, Ehrenamt und Kultur, Bürgernähe, Wertschätzung, Hochschulstadt und das gemeinsame Miteinander aller Stadtteile – dies sind exemplarische Stichworte, die ausmachen, wie eine Stadtgesellschaft „tickt“.

Die großen Fragen unserer Zeit – unabhängig ob Klimaschutz, Digitalisierung, sozialer Zusammenhalt, Mobilitätswende oder wirtschaftliche Transformation – müssen auf lokaler Ebene umgesetzt und beantwortet werden. Oder um es mit den Worten von Hermann Schmitt-Vockenhausen zu sagen: „Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“

Es geht also um einen spezifischen Mosbacher Weg getreu dem Motto „74821 statt 08/15“. Hierfür werden bei den anstehenden Haushaltsberatungen die Grundalgen

geschaffen. Lassen Sie uns gemeinsam um die richtigen Antworten für künftige Herausforderungen ringen, damit wir den bestmöglichen Weg für die gesamte Stadt mit all ihren Facetten beschreiten.

Abschließend bedanke ich mich bei unserer Kämmerin Frau Bansbach-Edelmann und Ihrem Team sowie bei allen anderen Mitarbeitenden für das konstruktive und kollegiale Vorgehen bei der Aufstellung des Gemeinschaftswerkes Haushalt.

In meinen Dank einschließen möchte ich auch die Kolleg*innen, die in diesem Jahr ausgeschieden sind. Mit Michael Keilbach und Eckhard Böer verlassen zwei weitere Schwergewichte demnächst die Verwaltung, denen ich an dieser Stelle schon danke.

Große Anerkennung gilt auch unseren städtischen Tochtergesellschaften. Die Stadtwerke sind derzeit mit den Herausforderungen des Energiemarktes konfrontiert und haben durch eine vorausschauende Einkaufspolitik teilweise Härten abfedern können. Das Team der Alten Mälzerei mit Interimsgeschäftsführer Fabian Weiß segelt wieder in ruhigeren Gewässern.

Ihnen, den Damen und Herren des Stadtrates, damit verbunden allen Ehrenamtlichen in unserer Stadt meinen allerherzlichsten Dank für Ihre unermüdliche Arbeit für unser Gemeinwohl.

Im Anschluss an die Ausführungen von Frau Bansbach-Edelmann übergebe ich Ihnen den Haushaltsentwurf, wie bei uns üblich ohne weitere Aussprache, zur Beratung in den Gremien.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!